

›Partnerschaften‹ im Interesse globaler Konzerne

Mit TTIP, TPP oder TISA werden Marktzugang und Investorenschutz gefördert

von
Jürgen Maier

Der Autor ist seit 1996 Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung und langjähriger Beobachter der WTO-Verhandlungen.

Das Zeitalter der neoliberalen Deregulierung ist noch längst nicht vorbei. Diese Politik versteckt sich heute in intransparenten sogenannten »Freihandelsabkommen«. Damit wollen EU und USA die Blockade in der WTO überwinden.

Wer erinnert sich noch an die *Doha Development Agenda*, den Zombie aus den seit vielen Jahren festgefahrenen WTO-Verhandlungen? Im Namen dieser ›Entwicklungsagenda‹ wollte die Welthandelsorganisation WTO bei der Ministerkonferenz in Doha 2001 eine neue Liberalisierungs- und Deregulierungsrunde des Welthandels einleiten. Dumm nur, dass ausgerechnet die Entwicklungsländer die von der EU und den USA erfundene Doha-Entwicklungsagenda nicht wollten. Sie waren nicht damit einverstanden, dass eine Welthandelsorganisation außer Handelsfragen auch noch bindende Regeln für Investitionspolitik, für Wettbewerbsrecht oder für die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens aufstellen soll.

Bi- statt multilateral

Daran scheiterte auch die WTO-Ministerkonferenz 2003 in Cancún. Danach kündigten die EU und die USA an, jetzt verstärkt auf bilaterale Abkommen zu setzen, eine Strategie, die auch von der rot-grünen Bundesregierung unterstützt wurde. Seitdem pas-

siert in der multilateralen WTO-Handelspolitik WTO fast nichts mehr. Die EU-Kommission, die europäischen Wirtschaftsministerien und der US-Handelsbeauftragte haben erkannt, dass ihre Deregulierungsagenda dort auf absehbare Zeit keine Chance hat, verwirklicht zu werden. Dementsprechend wird die aggressive Liberalisierungs- und Deregulierungsagenda der europäischen und amerikanischen Regierungen und Konzerne nur noch mit bilateralen und regionalen Handelsabkommen vorangetrieben.

Wie in der EU-Handelspolitik üblich, werden sie unter größter Geheimhaltung verhandelt. Ministerrat und Kommission beschließen ein Verhandlungsmandat, das EU-Parlament hat nichts mitzureden – von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten oder gar der Öffentlichkeit ganz zu schweigen. Sie erfahren höchstens, dass die Verhandlungen begonnen haben, die Verhandlungsmandate sind geheim.

Geheim sind auch die Papiere, die die EU auf den Verhandlungstisch legt, ebenso wie die Papiere, die die andere Seite auf den Verhandlungstisch legt. Dankenswerterweise gibt es in letzter Zeit immer wieder Heldinnen und Helden der Demokratie, die solche Texte durchsickern ließen. Dennoch: All Freihandelsabkommen, die in den vergangenen zehn Jahren abgeschlossen wurden und die noch in der Pipeline sind, lösten in der Öffentlichkeit nicht einmal ansatzweise das Interesse aus, das die WTO vor nicht allzu langer Zeit auslöste. Parlamente waren es



Konzerne
gegen Staaten
Foto: Campact

Proteste
gegen TTIP
Foto: Campact



zufrieden, von der Kommission irgendwann ein ausgehandeltes Abkommen präsentiert zu bekommen und, dazu brav ja zu sagen. So lief es bei den Freihandelsabkommen der EU mit Korea, mit Peru und mit Kolumbien, beim »Assoziationsabkommen« der EU mit den Staaten Zentralamerikas, mit den Staaten der Karibik, Chile, Mexiko, Südafrika, Kamerun und einigen Staaten Südostafrikas.

Alle diese Abkommen enthalten in unterschiedlichem Ausmaß jene Bestimmungen und Regeln, die die EU in der WTO nicht durchsetzen konnte. Einzelnen oder grüppchenweise konnte man diese Entwicklungsländer natürlich leichter weichklopfen als in der WTO. Die AKP-Staaten¹, ehemalige europäische Kolonien, bekamen einfach ihre bisherigen Handelspräferenzen entzogen, wenn sie sich sträubten, solche Abkommen abzuschließen. Und diese Agenda ist noch lange nicht abgearbeitet: Aktuell verhandelt werden Freihandelsabkommen mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten, den ASEAN-Staaten² dem *Mercosur*³ mit Japan, mit Indien und mit einer Reihe afrikanischer Staaten. Die Verhandlungen über ein Freihandels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Singapur wurden im September 2014 abgeschlossen. Bilaterale Investitionsschutzabkommen der EU mit China und mit Myanmar werden ebenfalls zurzeit verhandelt. Und dann gibt es noch das gerade zu Ende verhandelte Freihandels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Kanada (CETA) und natürlich das hoch umstrittene Projekt TTIP, das *Freihandels- und Investitionsschutzabkommen* zwischen der EU und den USA. Und TTIP hat die Handelspolitik wieder zu einem gesellschaftlich höchst kontroversen Thema in Europa gemacht.

TTIP

Mit imperialem Gestus erklärte der bis Oktober amtierende EU-Handelskommissar Karel De Gucht unverblümt, das TTIP (*Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership*) genannte Freihandelsabkommen der beiden größten Wirtschaftsblöcke der Welt werde Standards setzen, an denen der Rest der Welt nicht mehr vorbeikomme. Auch Martin Schulz, der-Präsident des *Europa-Parlaments*, der so gerne Kommissionschef geworden wäre, erklärte vor der

American Chamber of Commerce am 16. Oktober 2013 offen, es gehe darum »trying to work out how to best deal with the growing economic dominance of China ... TTIP or the Free Trade Agreement is about making sure the United States and Europe remain standard makers rather than standard takers. If we do not unite behind common standards it will soon become difficult to even up-hold our own standards ... The window of opportunity for the US and the EU to shape the future world order is becoming smaller and smaller. Will we use this time wisely? Will we succeed in strengthening our ties for the future? The Transatlantic Trade and Investment Partnership will be a test case for the viability of the transatlantic relationship in the 21st century.«

Also »Der Westen gegen den Rest der Welt«. Die EU jedenfalls hat auch mit den asiatischen Ländern umfangreiche handelspolitische Interessen. Das bereits 2011 in Kraft getretene Freihandelsabkommen mit Südkorea hat unbemerkt von der Öffentlichkeit einige besonders weitreichende Deregulierungsschritte vollzogen. Auf Druck der EU hat Südkorea zugestimmt, dass Daten nicht mehr durch lokale Datenschutzgesetze daran gehindert werden dürfen, grenzüberschreitend verarbeitet zu werden. Koreanische Bankkunden mussten schriftlich einwilligen, dass ihre Daten auch im Ausland verarbeitet werden dürfen – was sie nicht gerne taten. Nun wird der Kunde nicht mehr gefragt. Bei den TTIP-Verhandlungen verlangen die USA genau dasselbe von der EU, wie ein Kommissionsbeamter bei einer EP-Anhörung unvorsichtigerweise ausplauderte⁴. So spielen sich die Dienstleistungskonzerne die Bälle zu: Wie knacken wir lästige Datenschutzgesetze? Man kann sich jetzt schon ausmalen, wie sich dieser Präzedenzfall in den TTIP-Verhandlungen auswirken wird.

TISA

Selbst wenn der freie Datentransfer bei TTIP oder das ganze Projekt TTIP am öffentlichen Widerstand scheitern wird – die Konzerninteressen setzen auf mehrere Pferde. Es gibt ja auch noch die TISA-Verhandlungen, das *Trade in Services Agreement*, an denen etwa 50 Länder – die Hälfte davon die 28 EU-Mitglieder – beteiligt sind. Darin soll all das umgesetzt werden, was sie bei den Dienstleistungsverhandlungen im GATS-Abkommen der WTO nicht bekommen konnten. Beispielsweise sollen sich die Staaten völkerrechtlich verpflichten, im Dienstleistungssektor eine einmal vorgenommene Liberalisierung oder Privatisierung nie wieder zurückzunehmen. Vorschriften für Unternehmen, in Ländern, zu denen sie Marktzutritt haben wollen, auch eine lokale Niederlassung einzurichten oder Technologie zugänglich zu machen, würden verboten. Denn für Konzerne wie *Amazon*, *Google* und viele andere

sind das lästige Handelsbarrieren, die im Freihandelsabkommen der USA mit Südkorea bereits wegverhandelt wurden. Damit entgehen Südkorea beispielsweise Mehrwertsteuern. Aus Asien verhandeln unter anderem Japan, Taiwan, Hong Kong, Neuseeland und Pakistan bei TISA mit – China hat mittlerweile auch Interesse, aber es ist noch unklar, ob die EU und die USA die Chinesen dabei haben wollen.

In offenen Abstimmungen in einem normalen parlamentarischen Prozess hätten solche Vorschläge kaum Aussicht auf Erfolg – deshalb laufen die Verhandlungen so geheim ab. Am Ende präsentiert man den Parlamenten fertige Abkommen, zu denen sie nur noch Ja oder Nein sagen können. Aber auf Parlamente ist heutzutage Verlass – sie sagen eigentlich immer Ja. Nur manchmal sorgt öffentlicher Protest dafür, dass die Abgeordneten sich die Verträge durchlesen, bevor sie zustimmen. Und dann kann es schon mal vorkommen, dass sie Nein sagen.

TTIP, TISA und ähnliche Verhandlungen haben nur das eine Ziel, die vollständige deregulierte neoliberale Marktideologie durchzusetzen, was in der WTO nicht möglich war. Zu dem Flickenteppich bilateraler und regionaler Abkommen gehören auch TPP, die *Trans-Pacific Partnership*, an denen neben den USA unter anderem Australien, Canada, Chile, Japan, Malaysia, Mexico, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam beteiligt sind, nicht aber China. Manche Beobachter sehen daher auch geostrategische Interessen hinter den Abkommen – eine »Einkreisung Chinas« oder ein »Containment Russlands«. Doch vor allem geht es um die Durchsetzung eines global deregulierten Marktradikalismus.

Global operierende Konzerne

Denn die Welt sieht 2015 anders aus als 2001 in Doha. Mittlerweile haben immer mehr Konzerne gar keine »Nationalität« mehr, egal, ob sie nun westlich geprägt sind oder asiatisch, wie die immer zahlreicheren global operierenden Konzerne aus Asien. *Alibaba* beispielsweise ist ein Unternehmen, das wahlweise als chinesisches Pendant zu *Amazon*, *Google* oder *Twitter* bezeichnet wird, obwohl es längst auf den Cayman-Inseln registriert ist. Solche Konzerne haben die selben Interessen wie *Google*, *Facebook* oder *Amazon*.

Exportweltmeister Deutschland will mit allen im Geschäft bleiben. Kein normaler deutscher, europäischer oder auch amerikanischer Konzern hat ein Interesse an einer »transatlantischen Wirtschafts-NATO«, als die TTIP gerne bezeichnet wird. Da ist es nur konsequent, dass Kanzlerin Angela Merkel bei der Pressekonferenz mit Chinas Präsident Xi Jinping bei dessen Berlin-Besuch im März 2014 erklärte: »Wir haben auch darüber geredet, dass sich Deutschland dafür einsetzen wird, dass das Investiti-

onsabkommen zwischen der EU und China schnell abgeschlossen werden kann, was auch ein Vorläufer für ein zukünftiges Freihandelsabkommen sein kann. Ich glaube, dass langfristig auch wir mit China schaffen können, was zum Beispiel unser Nachbarland, die Schweiz schon geschafft hat, und deshalb sollten wir auch dieses Anliegen trotz der Komplexität der Aufgabe Schritt für Schritt in Betracht ziehen.«

Bis jetzt wurde das geplante Freihandelsabkommen mit den USA als Untermauerung einer Wertegemeinschaft verkauft, als die Selbstbehauptung der Demokraten gegen die asiatischen Schwellenländer und gegen Russland. Jetzt will Merkel auch noch ein Freihandelsabkommen mit den Chinesen, diesen Despoten und Menschenrechtsbrechern?

So bleibt eigentlich nur noch die Schlussfolgerung: Die wahre Wertegemeinschaft hinter all diesen Freihandelsabkommen und Investitionsschutzabkommen ist das Geld. Darauf können sich Europas Regierungen mit den Chinesen sofort verständigen, und eigentlich mit jedem anderen Land der Welt auch. Darum geht es bei diesen Abkommen. Der Handel läuft bereits auf Hochtouren, »wir« sind schon wieder Exportweltmeister. Die WTO, in der inzwischen fast alle Länder Mitglied sind, hat den Welthandel umfassend liberalisiert. Doch als Plattform für die Durchsetzung einer umfassenden, weitergehenden Globalisierungs-Agenda, wie sie die USA und die EU, aber auch global operierende Konzerne verfolgen, ist eine multilaterale Institution wie die WTO gegenwärtig ungeeignet: Es geht dabei um den umfassenden Schutz für Investoren vor Regulierung, umfassende »Liberalisierung« der öffentlichen Beschaffung und öffentlicher Unternehmen, globale Wettbewerbsregeln, »regulatorische Harmonisierung« und so weiter. Das ist eine neoliberale Agenda, die innenpolitisch in vielen Ländern längst nicht mehr mehrheitsfähig ist. Deshalb wird sie jetzt über undurchsichtige »Freihandelsabkommen« durchgezogen.

Die Antwort der Zivilgesellschaft darauf muss eine transatlantische oder euro-asiatische Wertegemeinschaft für soziale und ökologische Regulierung, für mehr Demokratie und für die Beschränkung der Macht der Konzerne sein. Dieses Gegenmodell müssen wir gegen die EU-Kommission und gegen die globalisierten Wirtschaftslobbies durchsetzen.

Anmerkungen

1. Staaten in Afrika, der Karibik und der Pazifik-Region
2. Association of Southeast Asian Nations
3. Abgekürzte Bezeichnung für den Gemeinsamen Markt in Südamerika
4. Videomitschnitt: <http://greenmediabox.eu/archive/2014/03/05/transatlantic-data-flows>, entscheidende Passage ab der 60. Minute